



# Hamburgische Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Nr. 33

Abonnementspreis 4000 Mk. pro Quartal.  
Redaktion und Expedition: Hamburg 25,  
Alans-Groß-Str. 1. Fernspr.: Nordsee 8246.

Hamburg, den 18. August 1923

Anzeigen kosten die sechsgespaltene Non-  
pareillezeile oder deren Raum 300 Mark,  
Verbandsanzeigen 60 Mark die Zeile.

37. Jahrg.

## Sturmzeichen.

Eine tiefe Gärung herrscht unter den Massen der Arbeiter und Angestellten. Durch die Steigerung des Dollarkurses in wenigen Tagen von 1 Million auf 8 ist die Marktwährung ins Bodenlose abgestürzt. Die Kaufkraft der Löhne und Gehälter schmilzt unter den Händen zusammen, denn den stündlich steigenden Preisen aller Lebens- und Bedarfsartikel können die Papiermarktlöhne nicht folgen; jede Wertbeständigkeit, jede Anpassung an die eingetretene Geldentwertung wird illusorisch, wenn die Kaufkraft des Geldes von Tag zu Tag sich um 50, um 100 % vermindert. Allerorts dreht sich das Tagesgespräch um die fürchterliche Teuerung, die alle Massen übersteigt, denn daß ein Pfund Kartoffeln mit 30.000 M. und ein markenfrees Brot mit 240.000 M. bezahlt werden muß, hat vor wenigen Wochen sich noch nie and träumen lassen. Dazu kommt die Knappheit der wichtigsten Lebensmittel auf dem Lebensmittelmarkt. Das Mehl wird vermehrt durch Zurückhaltung von Vorräten. Butter war plötzlich eine volle Woche vom Markt verschwunden. Der Landwirt versteht es jetzt den Kriegsjahren ausgezeichnete Landesprodukte ein wenig zurückhalten, damit der Preis in die Höhe steigt, und wie der Bauer, verfährt der Händler. Das ist ja auch der Segen der freien Wirtschaft, deren Folgen jetzt schon die breite Masse des Volkes zu spüren bekommt. Was soll erst werden, wenn am 15. September dieses Jahres die Brotmarkte ganz wegfällt und wir jetzt bereits das Getreide zum doppelten Preise bezahlen wie Amerika.

Es wächst die Not, der Hunger klopf an die Tür, Unruhe flackert auf und droht weiter um sich zu greifen. Ausbrüche der Erbitterung und Verzweiflung machen sich überall in erregten Worten Luft. Man muß sich, schreibt der „Vorwärts“, mehr darüber wundern, mit welcher Selbstziplin und Zurückhaltung die Arbeiterschaft Deutschlands die Teuerung erträgt, als etwa darüber, daß vereinzelt die Wogen der Erbitterung sich überschlagen haben. Jedenfalls ist die Disziplin der Arbeiter in dem Abwehrkampf um die Mäher viel, viel größer, als die jener Vertreter des Kapitals, die weit über ihren Bedarf hinaus Dividen verlangen, den Dollarkurs so in die Höhe treiben und der allgemeinen Verelendung vorarbeiten.

Wir stehen vor einem Wendepunkt. Das erkennen jetzt auch bürgerliche Kreise; auch über die Notwendigkeit, schnell zu handeln, besteht Einigkeit. Das Zentrumsorgan „Germania“ äußerte sich dahin, daß „das Vertrauen zu der Reichsregierung vollständig erschüttert, die Stimmung auf den Nullpunkt gesunken ist. Nicht nur in kommunistischen und sozialdemokratischen Kreisen hat die Stimmung einen gefährlichen Grad erreicht, auch in Zentrumsversammlungen hört man Neuerungen von bisher nicht gekannter Schärfe“.

Auch andere bürgerliche Blätter wenden sich scharf gegen die jetzige Regierung, weil ihnen aufdämmert, daß die katastrophale Finanz- und Ernährungswirtschaft der Cuno-Regierung die völlige Auflösung der Wirtschaft und eine kaum zu bewältigende Anarchie herbeigeführt und daß sofort eingegriffen werden muß, wenn nicht alles in den Abgrund versinken soll. Die Schüberung der Not der Berliner Bevölkerung, wie sie in der kürzlich eigens dazu einberufenen Stadtverordnetenversammlung gegeben wurde, ist erschreckend und verzweiflungsvoll, aber das gleiche trifft auf fast alle Groß- und Mittelstädte zu. Diese unerträgliche Notlage ist auch nicht plötzlich gekommen, im vorigen Jahre konnten wir bereits ähnliche Erscheinungen beobachten, nur ist jetzt Umfang und Tempo der Verschlimmerung größer und schneller, wozu nicht zuletzt die Beseitigung der Getreidewirtschaft beigetragen hat. Der Wucher konnte sich, da alle Dämme niedergelegt waren, nun frei entfalten, und die Regierung ließ alle Zügel schleifen. Unter Anbietung aller Kräfte hatte die Sozialdemokratie zu verhindern versucht, daß die Zwangsernährungswirtschaft vollends beseitigt wurde, und es ist ihr auch damals gelungen, wenigstens noch einen Rest zu erhalten. Sämtliche bürgerliche Parteien mit samt den Kommunisten bekämpften damals die sozialdemokratischen Anträge. Die kapitalistischen Vertreter erklärten, daß, sobald die Zwangswirtschaft falle,

auch genügend Lebensmittel auf dem Markte seien und die Preisgestaltung bald so werde, daß auch die minderbemittelte Klasse genügend Lebensmittel kaufen könne. Für jeden Einflüchtigen war klar, daß die Entwicklung die entgegengesetzte Richtung nehmen wird, die Nahrungsmittelpreise sprunghaft in die Höhe gehen, die unbemittelte Bevölkerung immer mehr dem Hunger und dem Elend ausgeliefert und weite Kreise des Volkes kaum noch imstande sein werden, sich das zum Leben Notwendigste zu verschaffen. Diese Entwicklung zeigte sich bereits im vorigen Jahre. Die Mahnrufe der Regierung an die Landwirtschaft, schnelligst Getreide und Kartoffeln abzuliefern, gingen in den Wind. Die Kartoffelpreise stiegen trotz der guten Ernte in solchem Maße, daß sie für die Mehrzahl der Bevölkerung nicht mehr erschwinglich waren. So nahm die verfehlte Ernährungspolitik ihren verhängnisvoll katastrophalen Lauf. Die Wirkung zeigte sich in den offiziellen Berichten über Unterernährung und Massensterben.

Zu dieser die Bevölkerung ganz dem Wucher ausliefernden Ernährungspolitik kommt auf Betreiben der Industriellen und Agrarier die alles zerstörende Finanzpolitik unter der jetzigen rein bürgerlichen sachmännlichen Regierung. Das Programm dieser Regierung war die Lösung der Reparationsfrage im Sinne der Deutschen Volkspartei. Wie weit wir damit gekommen sind, zeigt der Kampf im Ruhrgebiet. Wie die jetzige Regierung und mit ihr natürlich die Regierungsparteien gewirtschaftet haben, das zeigen unter anderem folgende Tatsachen. Am Lobestage Nathenaus stand der Dollar auf 345 M., das war am 24. Juni 1922. Nach dreivierteljährigem Wirken, am 9. August, hat er es glücklich auf 5 Millionen gebracht. Als Cuno die Regierung übernahm, betrug die Schuld Deutschlands eine Billion, heute hat sie die stattliche Summe von etwa 48 Billionen erreicht. Und es ist nun so weit, daß die deutsche Marktwährung als erlebte gelten kann. Was das Verhältnis zwischen Einnahmen des Reiches und den Ausgaben beim Regierungsantritt Cunos so, daß mit der Notendrucke etwa 80 % gedeckt wurden, so steht es heute so, daß die Reichseinnahmen zu den Ausgaben nur 2 %, die Notendrucke aber 98 % beiträgt.

Aber wie auf dem Gebiete der Reparations- und Finanzpolitik sieht es auf dem der Ernährungspolitik aus. Im November 1922 betrug der Preis für ein markenfrees Roggenbrot 640 M., am 10. August 1923 240.000 M., das Pfund Kartoffeln kostete damals 8 M., jetzt 85.000 M., ein Pfund Schweinefleisch 680 M., jetzt 600.000 M., ein Pfund Butter 1040 M., heute 1 Million Mark usw. Fleisch, Butter, Fett sind für weite Schichten der Bevölkerung schon nicht mehr zu kaufen. Die gewitterschwüle Atmosphäre ist aber nicht allein durch die unerschwinglichen Lebensmittelpreise so geladen, daß sie sich jeden Augenblick zu entladen droht, sondern durch die Behandlung, die die Händler und Agrarier der Bevölkerung zu teil werden lassen. Stundenlang müssen diejenigen, die sich überhaupt noch etwas kaufen können, stehen und noch froh sein, wenn sie etwas bekommen. Vielfach werden Waren zurückgehalten, in der Hoffnung, daß jeder Tag höhere Preise bringt. Selbstverständlich konnte diese Regierung nur so handeln, weil die sie stützenden Parteien mit ihrem Verhalten und der Führung ihrer Politik einverstanden waren. Sie ist eben nur die ausführende Instanz der kapitalistischen Konzerne. Die Hauptschuld tragen die bürgerlichen Parteien, die im Reichstage alle sozialdemokratischen Anträge bei den Steuergesetzen usw. abgelehnt haben. Sie hatten Gelegenheit, zeitig genug eine vernünftige Steuer- und Finanzpolitik zu treiben. Der jetzt zusammengetretene Reichstag wird die Arbeitervertreter auf dem Posten finden, um rücksichtslos mit den Schuldigen Abrechnung zu halten. Die Massen sind in Bewegung geraten, Zurecht und Vernunftgründe helfen nicht mehr, auch Gesetze und Verordnungen, wenn hinter ihnen nicht Machtwille und Machtmittel stehen, wenn sie nicht rücksichtslos den Kern der jetzigen unhaltbaren Zustände treffen, werden ihren Zweck verfehlen. Nur durchgreifende sozialistische Maßnahmen sind es allein, die das deutsche Volk vor dem Untergang noch retten können.

## Zentrale Lohnverhandlungen am 8. und 10. August.

Die diesmaligen zentralen Lohnverhandlungen fanden im Zeichen der in gewaltigen Sprüngen einherflutenden Preisrevolution. Das wurde besonders am zweiten Verhandlungstage immer offenkundiger, wenngleich sich auch die ganze Schwere dieses Ereignisses noch nicht genau erkennen ließ. Die Reichsindizes vom 6. August zeigte gegen den letzten Stichtag eine Steigerung von rund 109 %. Dazu mußten kommen 11 %, um die die Teuerung eine Woche vorher zu niedrig geschätzt worden war. Ferner forderten wir einen Ausgleich der Lohnentwertung, die voraussichtlich in den nächsten Tagen eintreten würde, die nach längeren Auseinandersetzungen auf 30 % festgesetzt wurde und für die Gebiete, in denen unsere Löhne hinter denen der übrigen Arbeiter, vor allem des Baugewerbes, wesentlich zurückstanden, einen weiteren entsprechenden Ausgleich. Als diese vier Grundbedingungen bewilligt waren, wurden die Löhne für die einzelnen Gebiete festgesetzt.

Ferner wurde von uns vorgeschlagen, in Rücksicht darauf, daß sie sich jetzt ganz außerordentlich fortentwickelnden Verhältnisse dem zentralen Verhandlungsapparat größere Hindernisse bereiten und die Verantwortung der beiderseitigen Zentralinstanzen — in besonderen der Verbandsvorsitzenden — ganz maßlos steigern, das Haupttarifamt vorläufig nur alle 4 Wochen einmal zusammenzutreten und in der Zwischenzeit wöchentlich Bezirksverhandlungen stattfinden sollen. Auch dem wurde stattgegeben. Im übrigen wurde über Richtlinien zur Herbeiführung der Wertbeständigkeit beziehungsweise der schnelleren Anpassung unserer Löhne an die Teuerung und an das allgemeine Lohnniveau gesprochen, jedoch zunächst Einzelheiten nicht festgelegt, womit, wie die Situation jetzt liegt, unsern Interessen am besten gebient wird.

Der angenommene Schiedsspruch hat folgenden Wortlaut:

Für die Zeit vom 10. bis 16. August einschließlich werden die Malerlöhne auf diejenigen Beträge erhöht, die sich aus anliegendem Verzeichnis ergeben. Eine anderweite Lohnregelung wird das Haupttarifamt Anfang September dieses Jahres vornehmen. Bis dahin wird die Neufestsetzung der Löhne bezirklischen Verhandlungen überlassen, die wöchentlich sofort nach Bekanntmachung des jeweiligen Reichsindex stattfinden müssen. Die Entscheidungen der bezirklischen Schiedsstellen sind endgültig.

## Die Arbeitslosenstatistik unseres Verbandes.

Die Arbeitslosenzählung des Monats Juli 1923 ergibt eine weitere Steigerung der Beschäftigten. Es berichteten 148 Filialen mit 52.028 Mitgliedern (davon 441 weibliche), wovon 1349 (8 weibliche) = 2,59 % als arbeitslos ermittelt wurden. Die Belebung der Berufstätigkeit erstreckt sich auch auf die im vorigen Bericht als ungünstig genannten Bezirke des Reiches, dennoch ungünstiger gestellt sind. — Die nachstehende Tabelle zeigt die Ergebnisse unserer Ermittlungen seit Anfang 1922.

Monat	Es berichteten Filialen		Mitgliederzahl in den berichtenden Filialen am Schluß des Monats		Arbeitslose Mitglieder am Schluß der letzten Woche des Monats		Auf je 100 Mitglieder entfallende Arbeitslose am Schluß der letzten Monatswoche	
	1922	1923	1922	1923	1922	1923	1922	1923
Januar ..	153	150	50.644	53.998	6772	6858	13,3	12,7
Februar ..	159	149	54.062	53.118	5791	7803	10,7	14,7
März ....	147	149	54.901	54.325	531	6312	1,2	11,6
April ....	150	145	54.967	54.119	518	4498	0,9	8,3
Mai ....	146	147	55.843	52.754	179	2114	0,3	4,0
Juni ....	143	142	48.506	52.063	161	1602	0,3	3,1
Juli ....	148	148	56.999	52.023	287	1349	0,5	2,6
August ..	156	—	57.164	—	677	—	1,2	—
Septemb. .	148	—	55.086	—	1645	—	3,0	—
Oktober ..	150	—	54.574	—	2582	—	4,7	—
November	162	—	55.654	—	3814	—	6,9	—
Dezember	149	—	54.435	—	5302	—	9,7	—

Die gleiche Tendenz zeigt die Aufzählung der verkürzt arbeitenden Betriebe. Es ist eine weitere Abnahme zu verzeichnen auf 86 Betriebe mit 922 männlichen und 20 weiblichen Beschäftigten. Die entsprechenden Zahlen im Vormonat waren 170 Betriebe, 1340 männliche, 9 weibliche Beschäftigte. Im ganzen ergibt sich, wenn auch noch gewisse Schwierigkeiten bestehen, daß von einer schlechten Gewerbelage nicht gesprochen werden kann.

### Der Reichstag zur Frage der wertbeständigen Löhne.

Auf Grund eines Antrages der sozialdemokratischen Fraktion hat sich auch im Juli der Reichstag mit der Frage der wertbeständigen Löhne beschäftigt. Dieses von den Gewerkschaften aller Richtungen erhobene Verlangen nach einer Stabilisierung der Kaufkraft des Lohnes hat schließlich auch die Mehrheit des Reichstages als gerechtfertigt anerkannt. Das Verlangen der sozialdemokratischen Fraktion in ihrem Antrage geht in erster Linie dahin, für die Arbeiter, Angestellten und Beamten in Reich, Staat und Gemeinden die Wertbeständigkeit der Löhne zu erreichen, darüber hinaus aber auch den Rentenempfängern und den von Unterhaltungen lebenden Personen die gleiche Erhaltung der Kaufkraft der ihnen zustehenden Bezüge zu sichern. Schließlich war aber auch in dem Antrag gefordert, daß das Reich nur an solche Firmen Aufträge vergeben solle, die die Sicherung der Kaufkraft des Lohnes ihrer Arbeiter und Angestellten einführen. Das Zentrum hat einen ähnlichen Antrag gestellt, der indes nicht so konkrete und bestimmte Forderungen an die Regierung stellte. Es wird in diesem Antrag die Reichsregierung ersucht, Vorkehrungen zu treffen, die bei fortschreitender Geldentwertung eine schnellere und bessere Anpassung der Gehälter und Löhne der in öffentlichen Diensten stehenden Beamten usw. versehen. Von besonderer Bedeutung ist die vom Reichsministerium auf ausdrückliche Anfrage des Redners der Sozialdemokratie abgegebene Erklärung, daß bei einem Tarifvertrag, sofern die sonstigen Voraussetzungen für die Verbindlichkeitsklärung gegeben sind, das Vorhandensein einer Klausel über die Wertbeständigkeit der Löhne keinen Grund bietet, die Verbindlichkeitsklärung nicht auszusprechen. Angenommen wurde der Antrag des Zentrums und auch der 5. Teil des Antrages der Sozialdemokratie. Da die beiden Anträge für unsere Gewerkschaftsmitglieder von Bedeutung sind, geben wir den Wortlaut dieser beiden Anträge wieder:

Antrag der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion: Der Reichstag wolle beschließen, die Regierung zu eruchen, sofort auf Grund des Ermächtigungsgesetzes vom 24. Februar dieses Jahres eine Verordnung zur Erhaltung der Wertbeständigkeit für die Gehalts- und Lohnbezüge aller Arbeiter, Angestellten und Beamten in Reich, Länder und Gemeinden zu erlassen.

Es ist zu bestimmen, daß die jeweils vereinbarte Entlohnung in ein bestimmtes Verhältnis zur amtlich festgesetzten Kaufkraft der deutschen Reichsmark (Lohnmaßzahl) gebracht wird. Zu dem jeweils vereinbarten Grundlohn tritt ein Zuschlag nach dem Verhältnis der durch den Lohnindex ermittelten Minderung der Kaufkraft der Mark. Der Lohnindex setzt sich zusammen aus dem amtlichen Lebenshaltungsinde und einem mit den zuständigen Organisationen zu vereinbarenden Maßfaktor, durch welchen die in der Lohnzahlungswoche zu erwartende weitere Preisänderung Berücksichtigung findet:

1. Für die Beamten und die auf Arbeitsdienstvertrag tätigen Angestellten sind diese Grundsätze sinngemäß anzuwenden.
2. Nach dem gleichen Index sind die Sozialrenten und Unterhaltungen wertbeständig zu gestalten.
3. Die unständigen Stellen sind anzudeuten, Tarifverträge, die Klauseln zur Sicherung der Wertbeständigkeit des Arbeitseinkommens enthalten, für rechtsverbindlich zu gehalten.
4. Für die Angestellten in privaten Unternehmungen ist die mindestens vierzehntägige Gehaltszahlung anzuwenden.
5. Aufträge des Reiches sind nur an solche Firmen zu vergeben, die für ihre Arbeitnehmer die Wertbeständigkeit der Entlohnung eingeführt haben.

Antrag Marx und Genossen: Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu eruchen, Vorkehrungen zu treffen, die bei fortschreitender Geldentwertung eine schnellere und bessere Anpassung der Gehälter und Löhne der in öffentlichen Diensten stehenden Beamten, Angestellten und Arbeiter sowie der Bezüge der Sozialrenten und sonstigen Unterstützungsberechtigten versehen.

Ueber die Einzelheiten des Anpassungsverfahrens haben sich die beteiligten Vertragsparteien im Rahmen des Staatsrechtes zu verständigen. Für die Sozialrenten und sonstigen Unterstützungsberechtigten hat der Reichsarbeitsminister die erforderlichen Anordnungen zu treffen. Das Reichsarbeitsministerium zu eruchen, die Durchführung solcher Vereinbarungen in der Privatwirtschaft zu fördern, insbesondere den Schlichtungsausschüssen deren Unterstützung nachzugeben und für die Verbindlichkeitsklärung solcher Verträge einzutreten, sofern die übrigen Voraussetzungen für die Verbindlichkeitsklärung gegeben sind.

### Aus unserm Beruf.

**Darmstadt.** Am 29. Juli fand die fünfundsiebzigjährige Gründungsfeier unserer Filiale in sämtlichen Räumen des Gewerkschaftshauses statt. Kollege Müller ermahnte in seiner Rede an die großen Kämpfe, die in dieser Zeit um nur einen Pfennig geführt werden mußten. Dieses war nur möglich durch die Geschlossenheit der Organisation, die die Unternehmer zu zerschellen suchten, um alleine Herr zu sein. Er erinnerte an die Schicksale der in der Gründungszeit, wo noch von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends gearbeitet wurde, und an die Organisationsarbeit, die gerade in der Umgegend nach Reichardt und Zornach erfolgte. Besonders gedachte er dabei der Tüchtigkeit des Kollegen Hütsch, der jetzt 31 Jahre der Organisation angehört. 70 Jubilare erhielten für ihre Organisationsarbeit ein Ehrenblatt vom Kollegen Reichardt überreicht. Für die Jubilare dankte Kollege Hütsch in kurzen Worten Frau Lombola, die unter anderem über ein Dutzend von Kollegen gemalter Bilder enthielt, fand allgemeinen Beifall. Nach der Geschlossenheit und Einig-

keit der Kollegen in der Zukunft so weiterbestehen, das wird uns auch in der nächsten schweren Zeit die Verhältnisse meistern helfen und zum Ziele führen.

### Baugewerbliches.

**Gründung einer deutschen Wohnstättenbank A. G.** Zur Vermittlung von Hypotheken auf Goldgrundlage wurde soeben ein neues, gemeinnütziges Bankinstitut geschaffen. Der Reichsverband der Wohnungsfürsorge-Gesellschaften und die Preussische Landespfandbriefanstalt haben unter Teilnahme des Reichsarbeitsministeriums die „Deutsche Wohnstättenbank A. G.“ gegründet. Das Aktienkapital beträgt 100 Millionen Mark und ist von obengenanntem Reichsverband und von der Landespfandbriefanstalt übernommen worden. Neben dem Aktienkapital ist ein Einrichtungs fonds von 2 Milliarden Mark vorgesehen. Das Unternehmen bezweckt die Vergabe wertbeständiger, auf Goldbasis aufgebaute Hypotheken. Die Beschaffung der Mittel erfolgt durch die Ausgabe wertbeständiger Wohnstätten-Rentbriefe. Von der neuen Gründung erwartet man in den beteiligten Kreisen eine starke Belebung der Siedlungs- und Wohnungsbauaktivität und glaubt, daß sie auch nicht ohne Einfluß auf das bisherige staatliche Zuschußverfahren sein wird, da die wertbeständige Beleihung sich naturgemäß in erheblich höheren Grenzen bewegen kann, als es bisher mit der Papierbeleihung des rentierlichen Wertes möglich war. — Die Hoffnung auf eine Belebung der Bauaktivität durch wertbeständige Hypotheken ist an sich begründet, weil es bisher zu wenig Baufkredite gab und die Grundlage dafür jetzt erweitert wird. Den breiten Massen werden allerdings derartige Neubauten kaum zugute kommen, und zwar deshalb, weil die Löhne zu niedrig sind, als daß Arbeiter und Angestellte die hohen Goldzinsen für Goldschulden eingehen könnten.

### Gewerkschaftliches.

**Wilhelm Jansson †.** Der frühere Redakteur des „Korrespondenzblattes“, Genosse Wilhelm Jansson, ist in Schweden gestorben. Jansson war am 29. Mai 1877 in Stockholm geboren. Er erlernte das Gärtnerhandwerk und kam 1896 nach Deutschland. In Hamburg wurde er bald Vorsitzender der Gärtnerorganisation, 1902 Mitglied des Hauptvorstandes und Redakteur des Fachblattes. Von 1905 bis 1919 war er Redakteur des „Korrespondenzblattes“ der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. Während dieser Zeit und schon vorher war er reger tätig, um ein gutes Verhältnis zwischen der deutschen und der skandinavischen Gewerkschaftszentrale herbeizuführen und zu erhalten. Ende 1919 wurde er von der schwedischen Regierung als Sozialattaché an die schwedische Gesandtschaft in Berlin berufen. Später wurde der Attaché ab eingeschränkt; Jansson erhielt weitere Gebiete übertragen. Seine Aufgabe war die Sammlung und Verarbeitung sozialpolitischer und arbeitsrechtlicher Materialien aus Deutschland, Oesterreich, Polen und der Schweiz für die schwedische Regierung. Im Alter von 46 Jahren ist er einer Bluterkrankung erlegen. Sein Andenken wird in der deutschen und der internationalen Gewerkschaftsbewegung noch lange fortleben.

### Sozialpolitisches.

**Die neue Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten** stellt sich für den Durchschnitt des Monats Juli 1923 auf 37 651 gegenüber 7660 im Durchschnitt des Vormonats. Die Steigerung beträgt somit 392,2%. Die Lebenshaltungskosten und Bekleidung sind auf das 33 000fache, Ernährungslohn allein auf das 46 510fache, die Bekleidungskosten auf das 66 488fache der Vorkriegszeit gestiegen. Am 30. Juli hatten die Gesamtlebenshaltungskosten schon das 71 476fache der Vorkriegszeit (1914) erreicht.

**57,8 Billionen Mark Gesamtschulden des Reichs.** Die katastrophalen Verhältnisse in der Steuerpolitik der gegenwärtigen „schamlos“ geleiteten bürgerlichen Reichsregierung lassen die schwelenden Schulden des Reiches von Dekade zu Dekade härter anschwellen. In der Zeit vom 21. bis 31. Juli wurden von den Gesamtausgaben des Reiches, die sich auf 18,3 Billionen Mark belieferten, nur 460 Milliarden Mark durch Einnahmen gedeckt, also etwa 2,4%. 40 A Ausgaben des Reiches standen also 1 A an Reichseinnahmen gegenüber. Die Gesamtsumme der schwelenden Schulden ist durch die Borgwirtschaft in der letzten Julidekade auf 57,8 Billionen Mark angewachsen. Es klingt wie eine Ironie, wenn das Reichsfinanzministerium zu diesen Mitteilungen erklärt, die Zunahme der schwelenden Schulden seien wie bisher lediglich auf die Geldentwertung zurückzuführen. Tatsächlich liegen die Dinge so, daß der größte Teil der Steuern nicht in einer Reihe erhoben wird, die dem Reiche den vollen Ertrag zuführt, sondern daß vielmehr gerade die besitzenden Steuerzahler die Möglichkeit haben, ihre Steuern schuldig zu bleiben und sie erst in entwertetem Gelde zu zahlen; also viel zu spät, um noch den Reichsfinanzen Erleichterungen zu bringen. Darum muß es die Aufgabe der Regierung bleiben, durch die Schaffung ergiebiger und rasch fließender Steuerquellen, wie sie von der Sozialdemokratie in Vorschlag gebracht worden sind, die Zunahme der schwelenden Schulden und damit die Tätigkeit der Notenpresse einzuschränken.

**Wiedereinstellung und Kündigung im besetzten und Einbruchgebiet.** Der Reichstag hat unter dem 17. Juli 1923 ein Gesetz für die Betriebe im besetzten Gebiet, Einbruchgebiet und in den ihnen gleichgestellten Bezirken beschlossen. Danach sind die Betriebsinhaber verpflichtet, die am 11. Januar 1923 in ihren Betrieben beschäftigten und inzwischen ausgeschiedenen Arbeitnehmer nach einem von der Reichsregierung zu bestimmenden Zeitpunkt wieder

einzustellen, wenn sie sich binnen 8 Wochen zur Wiedereinnahme ihrer früheren Tätigkeit melden. Das Gesetz trifft Vorkehrungen für die Zeit nach Beendigung des Kampfes und wird erst dann in Anwendung gebracht werden können. Besonders wichtig, auch für unsere Kollegen am Rhein und an der Ruhr, ist § 6:

Das zu dem gemäß § 2 von der Reichsregierung zu bestimmenden Zeitpunkt ist eine Kündigung seitens des Arbeitgebers unwirksam, es sei denn, daß 1. der Arbeitgeber nicht in der Lage ist, selbst wenn ihm Mittel aus der Erwerbslosenfürsorge gewährt werden sollten, den Arbeitnehmer weiterzubeschäftigen; 2. ein in seinem Verhalten wichtiger Grund vorliegt, der nach dem bürgerlichen Gesetzbuch zu fristloser Kündigung berechtigen würde; 3. der Arbeitnehmer ausdrücklich nur zu vorübergehender Aushilfe oder für einen vorübergehenden Zweck oder zur Probe angestellt war; 4. dem bei einer Reichs-, Staats- oder Kommunalbehörde beschäftigten Arbeitnehmer eine andere Beschäftigung bei einer Staats-, Reichs- oder Kommunalbehörde nachgewiesen wird, deren Annahme ihm billigerweise zugemutet werden kann. Soweit Arbeitnehmer, deren Entlassung nach Absatz 1 nicht erfolgen kann, nicht mehr nutzbringend beschäftigt werden können, darf die Arbeitszeit verkürzt und das Entgelt entsprechend, aber nicht unter zwei Dritteln, herabgesetzt werden.

### Genossenschaftliches.

**Genossenschaftsstatistik.** Im Juni 1923 wurden 195 Genossenschaften gegründet, 146 aufgelöst, so daß der Zuwachs 49 Organisationen beträgt. Damit ist der Gesamtbestand an Genossenschaften, ohne die Zentralgenossenschaften, auf 50 807 angewachsen gegen 50 021 am Ende vorigen Jahres, was einen Zuwachs von 586 Genossenschaften ergibt. Die Entwicklung der Konsumvereinsbewegung in den beiden letzten Monaten geht daraus hervor, daß im Mai 7, im Juni 5 Konsumvereine mehr gegründet als aufgelöst wurden.

### Fachtechnisches.

**Putz-Murolinum.** Auf unsere Anfrage in Nr. 27 des Vereins-Anzeiger, ob uns Kollegen über die Brauchbarkeit dieses Materials durch praktische Erfahrung Auskunft geben können, schreibt uns Kollege G. aus Saalfeld, daß er mit Putz-Murolinum bei feuchten Stellen, Regenrinnen, Zementputz usw. gute Erfahrungen gemacht habe und die Anwendung dieses Mittels in solchen Fällen anraten könne. — Wir danken dem Kollegen für seine Auskunft.

### Fachliteratur.

**„Deutsche Malerzeitung die Mappe.“** Illustrierte Zeitschrift für Malerei. Verlag Georg D. W. Callwey in München. Das Augustheft dieser bekannten empfehlenswerten Zeitschrift enthält Tafel 17: Treppenhäusermalerei von W. Weidmüller in München. Die Tafel bietet in ihrer einfachen geschmackvollen Ausführung den Kollegen gute Anregungen. Tafel 18: Decke und Wand von W. Pastern in Krefeld. Die Arbeit kann auch bunter gehalten werden, nur muß eine harmonische Farbenstimmung Bedingung sein. Tafel 19: Frieze für Lang- oder Musikstühle von G. Wolf. Die Tafel ist ein gutes Muster für freihändige Malerei, die sich immer mehr eingebürgern sollte. Tafel 20: Freihändige Pinselispiele von Ludwig Reiberger. Jeder Kollege, der sich die Tafel genau betrachtet, mit dem Pinsel freihändig umzugehen versteht, wird Lust bekommen, bei passender Gelegenheit den Anregungen des Kollegen R., die er in einem besonders auffälligen niedergelegt hat, nachzukommen. — Der textliche Teil des Heftes ist ebenfalls gut ausgestattet, möge er nur von allen Freunden der Zeitschrift genau studiert werden.

### Literarisches.

**Der Aufruf gegen den Achtstundentag.** Eine Reihe in der Zeitschrift „Die soziale Praxis“ erschienener Aufsätze, gesammelt und mit Genehmigung des Verfassers, Herrn Prof. Lujo Brentano, herausgegeben. Berlin SO 16, 1923; Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Grundpreis 0,40 x Schlüsselzahl. Mit den „Wissenschaftlern“, die im Reichswirtschaftsrat den Achtstundentag preisgaben, um die deutsche Wirtschaft zu retten, rechnen Prof. Lujo Brentano in einer Reihe von Artikeln in der „Sozialen Praxis“ gründlich ab. Erbarmungslos und mit wissenschaftlicher Schärfe zerpfückt er die Scheingründe der Gegner des Achtstundentages und der Sozialpolitik. Es ist zu begrüßen, daß die Verlagsgesellschaft des ADGB in Berlin das wertvolle Material als Broschüre herausgegeben hat. Es wird so seinen Zweck erst vollständig erfüllen; im Kampf um Achtstundentag und Sozialpolitik wird es eine scharfe Waffe sein. Die weiteste Verbreitung der Broschüre ist deshalb wünschenswert.

### Sterbetafel.

**Seibelberg.** Am 31. Juli starb an Lungenentzündung unser über 20 Jahre dem Verband angehöriger Kollege Philipp Remmet im Alter von 51 Jahren.

**München.** Im Juli starben die Kollegen: Karl Weirauch, geboren am 29. August 1876; Anton Sonnendörfer, geboren am 15. November 1864; Laver Rudl, geboren am 8. Februar 1899; Anton Grasdorfer, geboren am 21. Oktober 1900; Peter Herrmann, geboren am 7. Dezember 1864.

**Wismar.** Am 28. Juli starb unser Kollege Richard Tengel im Alter von 21 Jahren.

**Ehre ihrem Andenken!**

# Hamburgischer Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Nr. 34/35

Schriftleitung und Geschäftsstelle:  
Hamburg 25, Klaus-Groth-Strasse 1, St.  
Fernsprecher: Nordsee 8246

Hamburg, den 1. September 1923

Postkontokonto:  
Vermögensverwaltung des Verbandes  
Hamburg 11 598

37. Jahrg.

## An unsere Mitglieder in ernster Stunde!

Die gewaltige Teuerungswelle, die Deutschland in den letzten Wochen in nieemals geahntem und noch zu keiner Zeit und in keinem andern Lande erlebtem Maße überflutete, hat naturgemäß vor allem die Arbeiterklasse und bestlossten Mittelschichten am schwersten bedroht. Zwar konnte die Auflösung aller organisch verbundenen Kräfte in ein alles niederreißendes Chaos verhindert und dadurch noch viel schlimmeres Elend abgewendet werden; ob es aber gelingt, die trostlose Lage der deutschen Wirtschaft und Finanzen in absehbarer Zeit so entscheidend zu verbessern, daß ähnliche Vorgänge wie in den kritischen Augusttagen vermieden werden können, ist sehr fraglich. Hier steht die neue Reichsregierung vor einer riesigen Aufgabe, die zu meistern natürlich nicht allein von dem Willen und der Latkraft von Personen, sondern viel mehr noch von dem Zwange der Verhältnisse, unter vielem andern vor allem auf dem Gebiete der Außenpolitik abhängt.

In so kritischen Zeiten sind natürlich auch unsere Gewerkschaften ganz außerordentlich bedroht. Die sprunghaft auftretende Entwertung des Geldes bringt ihnen riesenverluste. Denn der Kreislauf: erhöhte Ausgaben, höhere Löhne, entsprechende Beitragsfestsetzung, Zahlung und nachfolgende Ablieferung der eingenommenen Gelder an die Filialkassen und von diesen, soweit noch etwas übrig ist, an die Hauptkasse, nimmt naturgemäß so viel Zeit in Anspruch, daß inzwischen die Einnahmen in ein Nichts verwandelt werden; wozu noch kommt, daß trotz des Prinzips: ein Wochenbeitrag gleich einem Stundenlohn, infolge des Vorauszahlens der Löhne und des Nachhinkens der Beitragsleistung in Wirklichkeit weit weniger als ein Stundenlohn geleistet wird. Bleiben die Mitglieder noch einige Wochen rückständig, so zahlen sie nicht den vierten, vielleicht kaum den sechsten Teil (und noch weniger) des Friedensbeitrages.

Wenn dann noch Stimmen gegen diesen Beitrag und gegen die eingeforderten 4 Extrabeiträge laut werden und hier und da bei jeder Gelegenheit auf Kommando von gewerkschaftsfeindlicher Seite her sogar mit Beitragsperre gedroht wird, so beweist das, wenn nichts Schlimmeres, den völligen Mangel jedes Verständnisses für die Wirklichkeit und für das ureigste Interesse der Kollegenschaft.

Wie uns geht es natürlich jeder andern Organisation. Demgegenüber muß immer wieder gefordert werden, daß die in Arbeit stehenden Kollegen ihre Beiträge so hoch und pünktlich leisten, daß sie mindestens dem jeweiligen Stundenlohn entsprechen. Was auf den ordentlichen Verbandsbeitrag zutrifft, gilt auch für die 4 Extrabeiträge. Nur sofortige Zahlung aller Beiträge am Fälligkeitstermin schützt den Verband vor großen Verlusten. — Die Extrabeiträge sind Pflichtbeiträge, wie alle andern auch.

Genau so wichtig ist es, daß die einkassierten Gelder vor weiterer Entwertung geschützt werden. Das geschieht durch schnellste Ablieferung nach jeder Kassierung an den Filialkassierer und von diesem an die Hauptverwaltung. Während das Geld in den Filialen entweder ohne jeden oder doch nur gegen einen lächerlich geringen Zinsgewinn liegt, müssen in der Hauptkasse wertbeständige Anlagen mit bedeutenden Einbußen veräußert werden.

Und nun zu einer andern Frage. Die sprunghafte Verteuerung aller Bedarfsgegenstände im Zusammenhang mit den dadurch bedingten Lohnerhöhungen haben plötzlich eine bedeutende Vermehrung der erforderlichen Betriebsmittel notwendig gemacht. Dazu kommt noch, daß infolge dieser Entwicklung Aufträge sowohl Privater als besonders auch des Staates, der Gemeinden und der Industrie zurückgehen und in Angriff genommene Arbeiten stillgelegt werden. Die Folge dieser Vorgänge zeigt sich in uns gemeldeter Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, durch Schließung oder starke Einschränkung vieler Betriebe. Das verschlimmert den durch die herbeigeführten Lohnerhöhungen verbesserten Zustand für viele Kollegen, und es ist selbstverständlich, daß auch Rückwirkungen für unsere Organisation nicht ausbleiben.

Zur Behebung dieser Schwierigkeiten ersuchen wir die Filialverwaltungen, in ihren Orten selbständig oder gemeinsam mit den Arbeitgebern in geeigneter Weise auf die Auftraggeber, vor allem aber auf die Behörden einzuwirken, daß für die im Gange befindlichen Arbeiten fortlaufend Vorkasse gezahlt werden; denn eine Verzögerung der Bezahlung für geleistete Arbeiten macht es schließlich auf die Dauer und bei neuen Preissprüngen auch dem kapitalträchtigsten Unternehmer unmöglich, die erforderliche Summe für Löhne, Material usw. immer rechtzeitig heranzuschaffen. Wo aber Betriebsbeschränkungen dennoch stattfinden, muß gestützt auf die noch bestehende Demobilmachungsverordnung, vorerst eine gleichmäßige Verkürzung der Arbeitszeit gefordert werden, um direkte Entlassungen so lange als möglich hinauszuschieben.

Die unglaublich schwierige Lage, in der sich die Arbeiterschaft und deren Organisationen befinden, machen erhöhte Aktivität bei der Arbeit auch für unsern Verband für jeden Kollegen und jede Filialverwaltung zur dringenden Pflicht. Je drohender sich die ihn umgebende Situation gestaltet, um so notwendiger ist seine umfassende Tätigkeit.

Noch haben wir unsern Mitgliederstand behauptet. Daß dies so bleibt, dafür Sorge jeder, der in dem schweren Ringen um den sozialen und kulturellen Aufstieg der Arbeiterschaft nicht resigniert beiseitesteht, als Nutznießer der Arbeit anderer und als Feind seiner eigenen Klasse gelten will.

## Nicht Reden hilft, sondern handeln.

In der Stunde der höchsten Not, als die wirtschaftliche Krise eine kaum mehr zu überbietende Zuspitzung erfahren hatte, hat der Reichstag in anerkannter Weise schnell zu handeln verstanden. Unter dem Druck der Arbeitermassen wurde die Cuno-Regierung beseitigt, eine neue Regierung an deren Stelle gesetzt und eine Anzahl wichtiger Steuervorlagen angenommen, deren Wirkung zweifellos eine Entspannung der Krise herbeiführen und die Möglichkeit einer Ueberwindung innerpolitischer Gefahren bringen wird. Die bürgerlichen Parteien mußten erst selbst der Gefahr ins Auge sehen, daß weißeste Schichten des Bürgertums in den Untergang hineingerissen werden könnten, ehe sie sich zu einer aktiven Finanzpolitik entschlossen. Der Inhalt dieser Steuergesetze ist folgender:

1. Gesetz über die Erhöhung der Vorauszahlungen auf Einkommen- und Körperschaftsteuer. Der Entwurf sah eine Erhöhung der Vorauszahlungen vom 25fachen auf das 100fache zur Einkommensteuer, vom 35fachen auf das 140fache zur Körperschaftsteuer vor. Beschlossen wurde eine Erhöhung auf das 400fache zur Einkommensteuer, auf das 800fache zur Körperschaftsteuer. Der Ertrag dieser Steuer, die am 15. August zahlbar ist, wird auf 40 Billionen Mark aus der Einkommensteuer, auf 20 Billionen Mark aus der Körperschaftsteuer geschätzt.

2. Abgabe aus Anlaß der Ruhrbesetzung. Die Einkommen- und Körperschaftsteuerverpflichtungen, die zur Vorauszahlung verpflichtet sind, sowie die Steuerpflichtigen, die im Jahre 1922 ein Einkommen von mehr als einer Million Mark hatten (hohe Beamte, Bankdirektoren), haben an den drei nächsten Vorauszahlungsterminen das Doppelte der erhöhten Vorauszahlungen als Abgabe zu entrichten. Der Ertrag dieser Abgabe, die ebenfalls Ende August am ersten Termin fällig ist, wird auf 40 Billionen Mark geschätzt. Am 5. Oktober 1923 und 5. Januar 1924 sind ebenfalls erhöhte Vorauszahlungen und Ruhrabgaben zu leisten. Die Höhe der Vorauszahlungen wird entsprechend der Geldentwertung vom Reichsfinanzminister festgesetzt. Die Ruhrabgabe ist das Doppelte dieser Vorauszahlung.

3. Erhöhung der Kraftfahrzeugsteuer. Die Kraftfahrzeugsteuer ist um das Fünffache erhöht worden. Der Ertrag wird auf 15 Billionen Mark angegeben.

4. Besteuerung der Betriebe. Alle Betriebe im Sinne der Gewerbeordnung haben in den nächsten 6 Monaten den doppelten Betrag der von ihnen abgeführten Lohnsteuerbeträge als Lohnfirmensteuer wöchentlich zu entrichten. Diese Belastung der Industrie wird auf 120 Millionen Goldmark in den nächsten 6 Monaten geschätzt. (Etwa 80 Billionen Papiermark bei einem Dollarstande von 2 Millionen.)

5. Besteuerung der Landwirtschaft. Entsprechend der Besteuerung der Industrie ist der Landwirtschaft eine besondere Besteuerung für die nächsten 6 Monate auferlegt worden. Die Höhe dieser Steuer beträgt insgesamt 216 Millionen Goldmark. (Etwa 108 Billionen Papiermark bei einem Dollarstande von zwei Millionen.)

Aus diesen Steuergesetzen werden also im Laufe des nächsten Monats rund 150 Billionen Mark in die Reichs-

kasse fließen. Da außerdem vom 15. August an die Goldanleihe aufgelegt ist und auch zu Sparzwecken benutzt werden wird, so ist auch auf diesem Wege eine beträchtliche Summe für die Reichsfinanzen zu erwarten. Aus Steuern und Anleihen zusammen kann somit für die nächsten Monate eine sehr wesentliche Deckung der Reichsausgaben erfolgen, sofern gleichzeitig damit die Klärung in der Kreditpolitik der Reichsbank, der Leitung der Reichsbank und der tatkräftigen Fortführung der bereits begonnenen Stützungsaktion erfolgt.

Die Annahme der Steuergesetze stellt zweifellos eine Wendung in der bisherigen Finanz- und Steuerpolitik dar. Diese Wendung ist auf den Druck der Situation, auf die geschlossene Haltung der sozialdemokratischen Reichsregierung zurückzuführen, die in ihrem Finanzprogramm der neuen Steuerpolitik die Richtung gewiesen hat. Mit aller Entschiedenheit hat sie auf die Verwirklichung der andern Teile ihres Programms, namentlich der Sachwertfassung, hingewiesen. Durch die Annahme des folgenden Antrags im Reichstag ist der erste Schritt zur Verwirklichung getan:

Die Reichsregierung wird ersucht, alsbald Gesetzentwürfe vorzulegen, die durch Belastung der Vermögenswerte der Wirtschaft und durch Übergang zu einer wertbeständigen Währung eine Sanierung der Reichsfinanzen und eine Stärkung des Reichskredits in die Wege leiten.

Klare Beschlüsse sind also auf dem Gebiete der Währungs- und Finanzreform gefaßt. Die Beschlenden müssen jetzt in die Tasche greifen und Steuern zahlen, sie, die auf Kosten des verarmten und verelendeten Volkes ungeheure Reichtümer aufgehäuft haben. Die Beschlüsse des Reichstages aber schnell und rückwärtslos durchzuführen, das ist nunmehr die Aufgabe der neuen Regierung. Hauptfrage ist natürlich, daß die Masse des Volkes hinter unsern Parlamentsvertretern steht, damit diese ihren Einfluß auf die Regierung ausüben können; denn das Gebot der Stunde ist: Handeln!

## Die kommunistische Generalstreikhebe.

Die außerordentliche Verschärfung der wirtschaftlichen Krise in den letzten Tagen, die völlig zerschlagene innere und außenpolitische Lage, der Zusammenbruch der Markwährung, kurz alles, was in der gesetzgeberischen Aktion des Reichstages und zuletzt in dem Wechsel in der Reichsregierung zum Ausdruck gelangte, hat natürlich auch die verantwortungslosen, nur dem Agitationsbedürfnis fröhen Elemente wachgerufen, die das von Moskau gewünschte Chaos in Deutschland durch die Propaganda für den Generalstreik herbeizuführen suchten. Wohl ist die Verbitterung in den weitesten Volksteilen über die furchtbare Not, die kaum mehr zu überbieten ist, zu verstehen, und es besteht kein Zweifel darüber, daß ihr so rasch und so tatkräftig als möglich gesteuert werden muß. Aber selbst ein politischer Neuling sollte begreifen, daß diese Not auf der Warenverteuerung und diese wiederum auf dem Warenmangel beruht, die beide am allerwenigsten durch eine Lahmlegung der Produktion oder der Verkehrsmittel behoben werden können. Im Gegenteil, es wird hierdurch nur eine weitere Verschlimmerung der Notlage des arbeitenden Volkes geschaffen. Die ganze Gewissenlosigkeit dieser Propaganda des Generalstreiks zeigt sich in ihren Begleiterscheinungen, den Plünderungen der Geschäfte, der dadurch herbeigeführten Lahmlegung der Warenzirkulation und den blutigen Zusammenstößen, die manches unschuldige Opfer erfordert. Am 16. August trat eine Entspannung der Lage ein und die Generalstreikwelle war erloschen. Vielleicht hat die rasche Arbeit des Reichstages viel dazu beigetragen und in den Massen das Vertrauen auf unsere Zukunft wieder erhöht. Dieses Vertrauen beruht im Grunde auf unserer eigenen Kraft. Nur wer sich selbst aufgibt, ist in Wirklichkeit verloren, und dazu haben die deutschen Arbeiter keinen Anlaß. — Die Bundesvorstände des ADGB und des Afa-Bundes hatten einen Aufruf erlassen, in dem die Mitglieder gegenüber der neuesten Generalstreikparole aufgefordert werden, die Gemeinschaft mit diesen kommunistischen Aktionen abzulehnen. „Galtet gewerkschaftliche Disziplin! Die Kommunisten kennen kein anderes Mittel gegen alle Nöte des Volkes als Demonstrationen und Generalstreik. Diese Sinnlosigkeit können die Gewerkschaften nicht mitmachen. Der völlig verantwortungslose Reichsausschuß der Betriebsräte in Berlin hat nicht das geringste Recht, der deutschen Arbeiterschaft die Richtung und die Methoden ihres Kampfes vorzuschreiben. Die Berliner Ortsauschüsse des ADGB und des Afa-Bundes haben bereits am 11. August den Generalstreik als ungeeignetes Mittel zur Beseitigung der augenblicklichen Not erklärt und ihn deswegen ganz entschieden abgelehnt. Er muß von den Gewerkschaftsmitgliedern im ganzen Reich ebenso entschieden abgelehnt werden.“ Der Aufruf bespricht sodann den Regierungswechsel und sagt dazu: „Die nun zu bildende neue Regierung wird sich nur halten können, wenn sie durch wirklich tiefgreifende Maßnahmen die Ursachen beseitigt, die die gegenwärtige furcht-

bare Lage herbeigeführt haben. Sie muß also, wenn sie nicht ebenso wie ihre Vorgängerin scheitern will, die Forderungen der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei erfüllen.

Am 15. August veröffentlichte die „Kole Fahne“ einen Aufruf, in dem sie den Ab- und Zusammenbruch des Generalstreiks zugeben muß.

### Baugewerbliches.

Die Goldrechnung im Baugewerbe. Der Bauholzplankhandel hat seine Nichtpreise auf der Grundlage des englischen Pfunds aufgestellt, auch die Eisen- und Stahlpreise sind in ähnlicher Weise wertbeständig gemacht.

Die Wohnungsbauabgabe wird nach einem Beschluß des Reichstages vom 15. August vom 1. Juli 1923 bis 31. Dezember 1924 auf 45 000 v. H. des Nutzungswertes erhöht.

Submissionsblüte. Von dem Eisenbahnbetriebsamt in Gufum war die Reinigung und der Neuanstrich der Bahnsteighalle zu Gufum ausgeschrieben worden.

Die Delegiertenwahlen im Metallarbeiterverband sind in allen Gewerkschaftskreisen mit Aufmerksamkeit verfolgt worden.

### Gewerkschaftliches.

Otto Weiser, der frühere Vorsitzende des Tapeziererverbandes, ist in Osnabrück gestorben.

Durch Abstimmung ist die Verschmelzung des Kürschnerverbandes mit dem Bekleidungsarbeiterverband beschlossen worden.

Die Delegiertenwahlen im Metallarbeiterverband sind in allen Gewerkschaftskreisen mit Aufmerksamkeit verfolgt worden.

Die Delegiertenwahlen im Metallarbeiterverband sind in allen Gewerkschaftskreisen mit Aufmerksamkeit verfolgt worden.

Die Delegiertenwahlen im Metallarbeiterverband sind in allen Gewerkschaftskreisen mit Aufmerksamkeit verfolgt worden.

Die Delegiertenwahlen im Metallarbeiterverband sind in allen Gewerkschaftskreisen mit Aufmerksamkeit verfolgt worden.

Die Delegiertenwahlen im Metallarbeiterverband sind in allen Gewerkschaftskreisen mit Aufmerksamkeit verfolgt worden.

Die Delegiertenwahlen im Metallarbeiterverband sind in allen Gewerkschaftskreisen mit Aufmerksamkeit verfolgt worden.

Die Delegiertenwahlen im Metallarbeiterverband sind in allen Gewerkschaftskreisen mit Aufmerksamkeit verfolgt worden.

Gleichgültigkeit oder Verbissenheit, daheim. Hierin Mithilfe zu schaffen, ist dringende Pflicht aller Genossen.

Der Wahlkampf der Kommunisten bei den deutschen Metallarbeiterwahlen wurde in Chemnitz mit folgendem einschneidenden Argument bekräftigt, das sich in einem Flugblatt findet, das an den Eingängen des Wahllokals ausgehängt war.

Im Jahre 1914 bezahltest Du für ein Ei 10 ¢ — heute kostet ein Ei 7000 M.; daran ist die Sozialdemokratie schuld, und wenn Du wieder ein Ei für 10 ¢ haben willst, mußt Du kommunistisch wählen!

### Sozialpolitisches.

Die Teuerungsziffer für die Lebenshaltungskosten stellte sich nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamts für den 13. August auf das 436 935 fache der Vorkriegszeit.

Verzehrung der Fahrpreise. Nach einer Mitteilung der Reichsbahnverwaltung tritt beim Güterverkehr die Schlüsselzahl und damit die wertbeständige Berechnung schon am 20. August in Kraft.

### Die neuen Postgebühren.

Nachdem der Postgebührenausschuß des Reichstages einer weiteren sehr beträchtlichen Erhöhung der Post-, Postcheck-, Telegraphen- und Fernsprechgebühren zugestimmt hat, dürfen die neuen Sätze noch im Laufe des Monats August in Kraft gesetzt werden.

Postkarten im Ortsverkehr 4000 M., im Fernverkehr 8000 M. Briefe im Ortsverkehr bis 20 g 8000 M., bis 100 g 12 000 M., bis 250 g 20 000 M., bis 500 g 25 000 M.

Drucksachen bis 25 g 4000 M., bis 50 g 8000 M., bis 100 g 12 000 M., bis 250 g 20 000 M., bis 500 g 25 000 M., bis 1 kg 30 000 M.

Pakete bis 3 kg erste Zone 45 000 M., zweite und dritte Zone 90 000 M., bis 5 kg erste Zone 60 000 M., zweite und dritte Zone 120 000 M.

Postanweisungen bis 100 000 M. 8000 M., bis 1 Million 12 000 M., bis 2 Millionen 20 000 M., bis 5 Millionen 25 000 M., bis 10 Millionen 30 000 M.

Telegrammgebühren im Fernverkehr: Grundgebühr 32 000 M., Wortgebühr 16 000 M.; im Ortsverkehr: Grundgebühr 16 000 M., Wortgebühr 8000 M.

Auslandsgebühren: Postkarten 36 000 M. (nach Ungarn und Tschechoslowakei 27 000 M.); Briefe bis 20 g 60 000 M., jede weiteren 20 g 30 000 M.

### Fachtechnisches.

Patentschau. Zusammenge stellt vom Patentbureau Krueger, Dresden.

Angemeldete Patente: Kl. 75a. 2. N. 57 625. Paul Reinhardt, Dessau, Fibergasse 1; Vorrichtung zum Herstellen von Drahten aus Schichten aus plastischem Material.

### Fachliteratur.

Decorationsmotive der Malerzeitung, Leipzig. Verlag Jügel & Götzel, Leipzig, Emilienstraße. Das vorliegende Heft Nr. 27 enthält 4 Vorlagen, die durchaus unsere volle Billigung finden.

### Literarisches.

Wegweiser zur Erzielung wertbeständiger Löhne. Ein unentbehrlicher Führer für alle Arbeitnehmer. Eine kleine, billige Schrift, die soeben herauskommt, enthält in knapper, übersichtlicher und leicht verständlicher Weise das gesamte einschlägige Material, das für die praktische Verwirklichung der wertbeständigen Löhne zurzeit bringend benötigt wird.

### Sterbetafel.

Bremen. Am 9. August starb infolge Schlaganfalles unser Kollege Rudolf Sommer, Vorsitzender der Zahlstelle Begefac, um die er sich sehr verdient gemacht hat.

### Vereinstell.

Table with 2 columns: Dates (Sept 2-8, 9-15, 16-22, 23-29, 30-6 Oct) and corresponding week numbers (36, 37, 38, 39, 40).

Die Entwicklung der eingangs geschilderten Verhältnisse hat auch die Herausgabe eines weiteren (zehnten) Statutennachtrags nötig gemacht; er wird nach Fertigstellung den Filialverwaltungen zugehen.

Im nicht die Zahl der Beitragsmarken für die Vorflasse zu hoch werden zu lassen, haben wir die Klassen von 1200, 1600, 2000, 2200, 2700 und 3500 gestrichen.

Die Streifunterstützung der 4. Stufe beträgt in der 86. Beitragsklasse 190 000 M., in der 110. 2 340 000 M. täglich. Die Zuschläge für Kinder beginnen mit 7000 M. und endigen mit 90 000 M. für jeden Wochentag.

Die Familienunterstützung wurde ebenfalls wie bisher weitergeführt. Sie beträgt in der 86. Beitragsklasse 223 000 M. und in der 110. 2 880 000 M.

Die Zahlarten für die Arbeitslosenstatistik für den Monat August müssen spätestens mit dem 7. September beim Hauptvorstand wieder eingegangen sein. Stichtag ist der 26. August.